

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesrätin Rösch  
und weiterer Bundesräte  
**betreffend "Österreich-Gutschein"**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Beschluss des Nationalrates vom 28. April 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Gehaltsgesetz 1956 und das Vertragsbedienstetengesetz 1948 geändert werden (9. COVID-19-Gesetz) (483/A und 120 d.B. sowie 10293/BR d.B.) (TOP 1)

Die Maßnahmen der Bundesregierung im Zuge der Coronavirus-Krise führen zu einer historischen Wirtschaftskrise.

Mehr als 1,5 Millionen Menschen haben ihre Arbeit verloren oder haben durch die Kurzarbeit deutlich weniger Einkommen. Zigtausende Wirtschaftstreibende haben ihre Einkommensgrundlage verloren, wodurch auch ihre Familien finanziell in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die österreichische Wirtschaft ist am Boden, zigtausende Betriebe wurden zwangsgeschlossen. Ob viele Unternehmer, Gastronomiebetriebe, Touristiker, Handwerker, aber auch Dienstleister die Corona-Maßnahmen der Regierung wirtschaftlich überleben, darf angezweifelt werden. Dass die Auftragslage plötzlich wieder in die Höhe schießt, ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Zahlreiche Wirtschaftsforscher prognostizieren eine schwere Rezession.

Die Bevölkerung und die heimischen Wirtschaftstreibenden haben nichts von Versprechungen. Von Hoffnung alleine können sie nicht leben, sie brauchen jetzt konkrete Hilfe und Sicherheit.

Wenn wir die drohende massive Pleitewelle abfedern und den Binnenkonsum fördern wollen, braucht es schnelle Maßnahmen, die möglichst viele Menschen erreichen und rasch die Kaufkraft der Österreicher, insbesondere der Familien, stärken. Jeder Österreicher und jede Österreicherin soll daher völlig unabhängig des Alters "Österreich-Gutscheine" in der Höhe von insgesamt 1.000.- Euro erhalten. Für eine vielköpfige Familie sind das beispielsweise 4.000.- Euro.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Bundesräte daher nachstehenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Bundesrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, jedem österreichischen Staatsbürger Gutscheine im Wert von insgesamt 1.000.- Euro auszustellen, die nur bei heimischen und in Österreich steuerpflichtigen Betrieben, eingelöst werden können."

